

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn,
Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/2825 –**

Aspekte der Zwischen- und Endlagerung vor dem Hintergrund geplanter Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verlängern. Eng verbunden mit einer solchen Laufzeitverlängerung wäre die Klärung mehrerer Fragen der Atommüll-Zwischen- und -Endlagerung.

Zwischenlagerspekte

1. Gibt es Berechnungen der Bundesregierung, wie lange die Kapazitäten der Zwischenlager im Falle einer Laufzeitverlängerung noch ausreichen würden?

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat im Dezember 2009 entsprechende Berechnungen durch die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH (GRS) durchführen lassen.

2. Würde beispielsweise im Falle einer Laufzeitverlängerung um zehn Jahre die genehmigte Gesamtmasse für die Zwischenlager Biblis, Brokdorf, Grafenrheinfeld, Gundremmingen und Krümmel überschritten?

Die oben genannten Berechnungen haben gezeigt, dass im Falle einer Laufzeitverlängerung um zehn Jahre bei vollem Leistungsbetrieb bei keinem der genannten Zwischenlager die genehmigte Gesamtmasse innerhalb der Betriebszeit der Reaktoren erreicht würde.

3. Gibt es Pläne, vorhandene Zwischenlager auszubauen oder neue einzurichten?

Falls ja, welche?

Für den Standort des in Stilllegung befindlichen Kernkraftwerks Obrigheim ist die Errichtung eines Zwischenlagers beantragt. Darüber hinaus sind der Bundes-

regierung keine Pläne bekannt, vorhandene Zwischenlager auszubauen oder neue einzurichten.

4. Bleibt im Falle von Laufzeitverlängerungen bei den Zwischenlagern sicherheitstechnisch alles beim Alten (also zum Beispiel keine Nachrüstung gegen terroristische Angriffe oder Ähnliches)?

Die Sicherheits- und Sicherungsanforderungen an Zwischenlager werden entsprechend dem Stand von Wissenschaft und Technik bzw. dem Stand der Erkenntnis fortentwickelt. Nachrüstungen können durch einen veränderten Stand im Bereich von Wissenschaft und Technik oder aber durch eine veränderte Erkenntnis- oder Gefährdungslage erforderlich werden.

5. Geht die Bundesregierung weiterhin von den auf die Antwort der Schriftlichen Frage 126 der Abgeordneten Birgit Homburger (Bundestagsdrucksache 14/3893) genannten reaktorspezifischen, durchschnittlich anfallenden jährlichen Massen hochradioaktiver Abfälle aus, oder mit welchen reaktor-spezifischen durchschnittlichen Jahreswerten rechnet die Bundesregierung aufgrund der Erfahrungswerte der letzten Jahre (gegebenenfalls bitte reaktorblockspezifische Aufschlüsselung)?

Die in der Antwort zu der Schriftlichen Frage 126 auf Bundestagsdrucksache 14/3893 genannten durchschnittlich anfallenden jährlichen Massen sind Schätzwerte für den Volllastbetrieb ohne signifikante Stillstandzeiten. Im Hinblick auf die Verfügbarkeit der Zwischenlagerkapazitäten können sie als konservativ angesehen werden.

6. Mit welcher anfallenden Gesamtmasse rechnet die Bundesregierung für das Zwischenlager Biblis seit den Strommengenübertragungen vom 11. Mai 2010 und 28. Juni 2010 auf Biblis A bzw. Biblis B?

Unter Berücksichtigung der genannten Strommengenübertragungen rechnet die Bundesregierung für das Zwischenlager Biblis mit einer Gesamtmasse von etwa 1 050 mg Schwermetall.

Endlageraspekte

7. Ab wann sollen die Erkundung und der eventuelle Endausbau von Gorleben als Endlager abgeschlossen sein?

Eine umfassende Antwort kann erst nach Aktualisierung des Endlagerkonzeptes für insbesondere wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle sowie nach der Auswertung der Ergebnisse umfassender Sicherheitsanalysen erfolgen. Eine erste vorläufige Sicherheitsanalyse für den Salzstock Gorleben wird Ende 2012 auf der Basis eines aktualisierten Endlagerkonzeptes vorliegen. Über das weitere Prozedere wird dann zu entscheiden sein.

8. Welche fachlich-wissenschaftlichen Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung dafür, mit Erkundungsarbeiten in Gorleben bereits zu beginnen, bevor die vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben und der anschließende Peer-Review-Prozess abgeschlossen sind?

Grundsätzliche Annahmen und Daten für die vorläufige Sicherheitsanalyse müssen belastbar sein. Hierfür ist zumindest der Abschluss der unterbrochenen Er-

kundungsarbeiten im Erkundungsbereich 1 und Vorerkundungen entfernter liegender Erkundungsbereiche erforderlich.

9. Gibt es auch fachlich-wissenschaftliche Gründe, die dafür sprechen, vor weiteren Erkundungsarbeiten in Gorleben zunächst die vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben und die damit verbundenen weiteren Prozesse abzuschließen?

Falls ja, welche?

Aus fachlich-wissenschaftlicher Sicht sprechen keine Gründe gegen die geplante Wiederaufnahme der Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben vor Abschluss der vorläufigen Sicherheitsanalyse und dem anschließenden Peer-Review-Prozess. Die geplanten geowissenschaftlichen Erkundungsmaßnahmen zielen ab auf die Klärung von verbliebenen grundsätzlichen Fragen und den Beleg von Annahmen im Rahmen der vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben.

10. Werden zeitgleich neue Standorte für Erkundungsbergwerke erwogen?

Nein. Eine Erkundung neuer Standorte ist allerdings für den Fall vorgesehen, dass sich der Standort Gorleben als ungeeignet erweisen sollte.

11. Wie lange dauert es nach Einschätzung der Bundesregierung, bis der Standort eines neuen Erkundungsbergwerks gefunden und die Erkundung schließlich abgeschlossen ist?

Eine Erkundung weiterer Standorte ist nicht vorgesehen. Dementsprechend liegen keine Planungen vor.

12. Welche konkreten Schritte hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit seit der Ankündigung des Bundesministers Dr. Norbert Röttgen Mitte März 2010, die „wissenschaftliche Diskussion über Alternativen“ voranzutreiben, hinsichtlich möglicher Alternativen zu Gorleben bereits unternommen?

Welche weiteren konkreten Schritte sind darüber hinaus bis wann vorgesehen?

Vorrangig sind jetzt die Arbeiten zur weiteren Erkundung von Gorleben und zur vorläufigen Sicherheitsanalyse. Die Bundesregierung wird die internationale Diskussion zu alternativen Endlagermedien verfolgen und die Teilnahme deutscher Forschungseinrichtungen an internationalen Programmen, z. B. an der Technologieplattform „Implementing Geological Disposal of Radioactive Waste“ (IGD-TP), fördern.

